



Februar

DIE ROTE PRESSE

1983
9.Jahrg.

Betriebszeitung für THYSSEN-Brackwede

Kommunistische Partei Deutschlands

INHALT:

Auch bei Thyssen:

ARBEITSPLÄTZE WERDEN VERNICHTET

Kollegen massiv unter Druck gesetzt

Während aus der rechten politischen Ecke zur Wahl Zweckoptimismus verbreitet und von einem Wirtschaftsaufschwung geredet wird, sieht die Wirklichkeit anders aus. Auch bei Thyssen bekommen wir die Krise zu spüren und es geht die Angst um den Erhalt des Arbeitsplatzes durch die Werkhallen.

Die Lage wurde von Stender auf der letzten Betriebsversammlung am 17. Februar keineswegs beschönigt: Auch bei Thyssen in Brackwede müsse man sich aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation anpassen. Zusätzlich sind es Autoteile, die den größten Teil der Aufträge ausmachen, die jetzt von den Werken wegen der Absatzlage auf dem Automobilmarkt nicht wie erwartet abgerufen werden können und viele Autowerke Kurzarbeit haben. So ist die neue Versandhalle bis unters Dach voll.

Wie sieht nun diese Anpassung an die schlechtere wirtschaftliche Lage aus? Schon in einem Bericht über die neue Ford-Sierra-Fertigung (Toni) konnte man in der "Neuen Westfälischen" lesen, daß bei Thyssen die frei gewordenen Arbeitsplätze nicht wieder besetzt werden sollen. Doch dabei allein ließ man es nicht bewenden

Kollegen unter Druck gesetzt

Bestimmte Kollegen, die man auf dem Kieker hat, wurden zur Personalabteilung zitiert. Dort wurden sie dann von bestimmten Herren vor die "Alternative" gestellt: `Entweder Du nimmst das Angebot der Abfindung an, (1.000 Mark pro Jahr) oder wir kündigen Dich ohne Abfindung von uns aus. Selbstredend fanden und finden solche Gespräche nur unter vier Augen statt!

Denn wenn nicht genug Arbeitsplätze "frei" werden, muß man eben etwas nachhelfen.
So wurden in den letzten Monaten Kollegen, die kurz vor dem Rentenalter waren, ausländische Kollegen, und Kollegen, die oft krank waren, angesprochen, ob sie nicht aufhören wollten. Neben der Lösung des Arbeitsverhältnisses im sog. "gegenseitigen Einvernehmen" (was immer darunter zu verstehen ist) sind auch verhaltesbedingte Kündigungen ausgesprochen worden.

Insgesamt wurden schätzungsweise 30 Kollegen durch eigene oder werkseitige Kündigungen entlassen und zusätzlich 20 bis 30 Kollegen schieden durch vorzeitige Pensionierung aus. Diese ungefähren Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum bis Ende Februar, und nicht wie in den Mitteilungen an den Schwarzen Brettern, wonach bis Ende Dezember 82 (auch aufgrund einiger weniger Neueinstellungen) es nur 13 Beschäftigte weniger gewesen sein sollen.

Von den insgesamt 50 bis 60 Kollegen, die gegangen (worden) sind, hat etwa die Hälfte, vor allem Ausländer, Abfindungen erhalten. Es ist zu vermuten, daß seitens der Geschäftsleitung von Anfang an das Ziel vorgegeben war, rund 50 Arbeitsplätze abzubauen.

Zweifelhafter Erfolg

Auf der Betriebsversammlung wurde diese Entwicklung, bzw. die Durchführung der "Freisetzungen" sogar noch als Erfolg dargestellt:
Man habe so verhindern können, daß es "betriebsbedingte" (= aufgrund der wirtschaftlichen Lage) Kündigungen gegeben hat. Dieser "Erfolg" besteht also lediglich darin, daß die Sache etwas anders gedreht wurde und man dem Kind einen anderen Namen geben konnte. Denn bei offiziell aus betrieblichen Gründen erfolgten Kündigungen in dieser Größenordnung (über 20) wäre bereits ein Sozialplan möglich und nötig gewesen. Doch das hätte längst nicht so gut ausgesehen und hätte vielleicht Unruhe mitsich gebracht. Obendrein geben gewisse Betriebsräte vor, mit diesen Maßnahmen habe man langfristig die anderen Arbeitsplätze gesichert. Mehr hat man in Punkto Personalpolitik nicht zu bieten.

Denkt man den Standpunkt der rechten Betriebsratsmehrheit konsequent zu Ende, bedeutet das nichts anderes, als das man auch in der Krise für den Unternehmer die Kastanien aus dem Feuer holen müsse. Von ernsthaften Versuchen, der schleichenden Arbeitsplatzvernichtung bei Thyssen einen Riegel vorzuschieben, ganz zu schweigen. Dazu hier nur der Hinweis, daß die Desamtzahl der bei Thyssen in Brackwede Beschäftigten in den letzten 4 Jahren von 1.950 auf jetzt 1.800 gesunken ist.

Diese Politik der Betriebsratsmehrheit um Gutschke und Wiza ist durch nichts zu rechtfertigen. Nicht nur daß bei Thyssen im Prinzip immer wieder gegen offizielle Empfehlungen der IG-Metall nicht nur bei der Personalpolitik verstoßen wird. Vielmehr ist es so, daß es Thyssen-Umformtechnik, wie dem Gesamtkonzern nicht schlecht geht.

Es werden schwarze Zahlen geschrieben, d. h. Gewinne verbucht.

Diese Zahlen sind das Ergebnis konsequent betriebener Rationalisierungen und Automationen - wie bei uns die Ford-Sierra-Straße, wo im Vergleich der vorher dort durchgeführten MAN-Bundeswehr-Rahmenfertigung ganz klar Leute eingespart worden sind. Auch sonst wurden überall Arbeitsgänge gestrafft, wurden neue Vorrichtungen eingebaut - Beispiel: Aufgabestation am Kreisförderer in B I.

Hier gäbe es genug Möglichkeiten im Rahmen der Mitbestimmung des Betriebsrates, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsplätze menschengerecht gestaltet und organisiert werden. Was auch bedeutet, daß der Betriebsrat bei der Personalplanung und -Besetzung in neu geschaffenen Produktionsabläufen und Fertigungsbereichen nicht nur ein "Wörtchen" mitredet.

Besucht die Wahl-Veranstaltung der KPD

"Ist die Stimme für die KPD eine verlorene Stimme ?"
Mittwoch, den 2.März 19:3o Uhr , Gaststätte: Am Stadion, Berliner Str.

Presserechtlich verantwortlich: M Lenger,Schildescherstr.53 Eigendruck

Kein Klima für Sozialpartnerschaft?!

Wie in der großen Politik, wird auch das soziale Klima in den Betrieben immer rauher, was wir auch bei Thyssen-Brackwede zu spüren bekommen. Angelegenheiten, die sonst in einmaliger Verhandlung mit der Geschäftsleitung erledigt werden konnten, lassen sich jetzt längst nicht immer so einfach lösen:

Mit Beendigung der Außenarbeiten - neue Zäune, Anstricharbeiten usw. - wurde die sog. "Hofkolonne inzwischen wieder aufgelöst. Ungefähr 20 bis 30 Mann, überwiegend ausländische Kollegen, waren dort eine Zeitlang unter Aufsicht von K. Behrens abgeschoben. Einen Teil dieser Kollegen hat man im Zuge der "Anpassungsmaßnahmen" inzwischen auf die linke Tour entlassen. Bekanntestes Beispiel dafür ist die Entlassung des Ersatzbetriebsrates Mußa Turan.
Der andere Teil der Kollegen aus der "Hofkolonne" bekam neue Arbeitsplätze in verschiedenen Bereichen zugewiesen. Kaum ein Kollege kam jedoch wieder an seinen alten Arbeitsplatz. Diesen betroffenen Kollegen soll vermutlich auch noch der Lohn um 3 bis 4 Stufen gekürzt werden.
Die Mehrheit der Betriebsräte, die noch vor kurzem den Linken im Betriebsrat vorgeworfen hatten, durch ihre Haltung alles zu blokkieren, kam hier mit Verhandlungen offensichtlich auch nicht mehr weiter. Da der Betriebsrat eine ablehnende Haltung einnimmt, muß für die betroffenen Kollegen mit Änderungskündigungen gerechnet werden.

Dieser Vorgang ist für die rechte Mehrheit im Betriebsrat mit ihrer bisher verfolgten Politik der Sozialpartnerschaft eine völlig neue Situation. Die jahrelang praktizierte Kungel- und Duzpolitik zwischen Tür und Kaffee mit Peters und Jiricek funktioniert nicht mehr. Da ist guter Rat teuer, will man nicht auf Dauer sein Gesicht ganz und gar verlieren.

Psychologische Kriegsvorbereitung

Anders kann man wohl die Ausstelung und die dafür betriebene Werbung für Schutzräume, oder besser gesagt: Privatbunker nicht bezeichnen.
Diese fand Ende Februar bei Thyssen - Schulte statt, dem Handelsunternehmen des Thyssen-Konzerns in Brackwede.

In der Tat hat sich in den letzten 3 bis 4 Jahren die Nachfrage nach Schutzräumen bzw. Luftschutzbauteilen zugenommen, wie sie auch von Thyssen im Hausacher Werk hergestellt werden. Hauptsächlich sind es Mittelständler wie Ärzte, Anwälte usw., die sich in ihre Villen Schutzräume einbauen lassen.

Gegen die Schutzraum-Ausstellung bei Thyssen-Schulte hat es öffentliche Proteste gegeben. Dies schlug sich auch in der Tagespresse nieder, die sich genötigt sah, etliche kritische Leserbriefe abzudrucken, von diesen wir hier einen nachmals veröffentlichen.

Kommt wir proben den Ernstfall ...

Betr.: „Auf Wunsch gibt es im „Bunker" auch Palisander an den Wänden".

Kommt, wir proben den Ernstfall! Der wird uns, vorausgesetzt, wir haben mindestens 4700 Mark übrig, durch den immer sicheren „Multisafe" versüßt.

Angesichts der fürchterlichen Folgen eines denkbaren Atomkriegs klingt Ihr Artikel, der Bunker wie neue Schlafzimmereinrichtungen und Krieg wie vorübergehende Dunkelheit darstellt, wie der reine Zynismus. „Im Ernstfall wird es freilich wesentlich wärmer, versichert der Fachmann ..."

Hier wird der Ernstfall in den Köpfen schon vorbereitet. Er scheint unabwendbar, wir können nichts tun gegen die drohende Kriegsgefahr, doch zum Glück gibt es Bunker. Thyssen-Bomben und Thyssen-Bunker. Fröhliche Zwischenkriegszeit!

SPD wählen ?

"Jetzt erst recht die SPD" - so wird mancher Kollege seit dem Oktober vorigen Jahres gedacht haben, als die CDU die FDP herumgekriegt und so unter völliger Mißachtung des Wählerwillens an die Macht kam.
Aber auch sehr viele derjenigen Kollegen, deren Herz normalerweise nicht für die SPD schlägt, die wissen, daß die $12^1/_2$ Jahre SPD-Regierungspolitik keine wesentliche Verbesserung unserer Lage gebracht hat, sehen jetzt die SPD als das kleinere von zwei Übeln an.

Bei fast 2,5 Mio. Arbeitslosen, rigorosem Sozialabbau, Rücknahme von Reformen, weiterem Abbau demokratischer Rechte und zunehmender Militarisierung und Aufrüstung, sowie Versuchen, zum Kalten Krieg zurückzukehren, sieht es in der Tat so aus, als sei jetzt, mit der SPD dieser Entwicklung Einhalt zu bieten möglich. Viele fortschrittliche Menschen in der Bundesrepublik sehen nicht zu Unrecht in der SPD eine Alternative zur Politik der schwarzen Reaktion. Sie erwarten von der SPD, daß die für das Kapital eingeleitete politische Wende nicht in der beabsichtigten Weise durchgesetzt wird.

Doch hat die SPD wirklich ein Rezept gegen die Krise? Kann sie die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiter und Angestellten verhindern?
Wir Kommunisten meinen dazu ganz klar: Nein!
Die SPD wie die anderen bürgerlichen Parteien haben uns vor kaum mehr als 10 Jahren einen Krisenfreien Kapitalismus versprochen, während man uns Kommunisten, die dies stets bezweifelten, auslachte. Und heute sagt die SPD: Sozialabbau muß sein - aber bitte schön sozial ausgewogen; Nachrüstung läßt sich nicht verhindern, wenn die Rüssen nicht ernsthaft verhandeln; Abbau demokratischer Rechte - wenn es Ernst wird, beschört die SPD die Gemeinsamkeit der Demokraten (einschließlich Strauss!).

Eine wirkliche Alternative kann die SPD also nicht bieten. Nicht zuletzt auch deshalb stellt sich die KPD als revolutionäre Alternative zur Wahl:

Am 6. März:

Wählt KPD!

- Gegen Sozialabbau - die Reichen sollen die Krise bezahlen !
- Nachrüstung nein - unabhängig von den Genfer Verhandlungen, keine Mittelstreckenraketen, einseitige Abrüstung, Abkoppe[lung] von den Subermächten, raus aus der NATO und Neutralität!
- Gegen den Abbau demokratischer Rechte des Volkes-Front aller Werktätigen gegen Reaktion und Faschismus !

Sicherlich wird hierzu nicht unberechtigt von Kollegen eingewendet: Trotz dieser richtigen Forderungen ist die Stimme für die KPD nicht eine verschenkte Stimme?

Unter dem Gesichtspunkt der Regierungsbildung in Bonn mag dieser Einwand seine Berechtigung haben, nicht jedoch, wenn man über den Wahltag hinausdenkt.
Denn der Kampf gegen die Rechtsentwicklung in der Bundesrepubli[k] der Kampf gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn läßt sich nicht allein mit dem Stimmzettel führen.

Ohne Fortsetzung dieses Kampfes, wie ihn die Gewerkschaften durch ihre Aktionen im Oktober letzten Jahres aufgenommen haben, wird die Stimme für die SPD vielleicht schon bald eine verschenkte sein.

Informiert euch über die KPD

Schickt mir bitte kostenlos

- ☐ Programm
- ☐ Statut
- ☐ Broschüre „Was will die KPD ?"
- ☐ „Roter-Morgen"-Probenummer
- ☐ Flugblätter
- ☐ Besucht mich bitte einmal.

Ausschneiden und einsenden an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Der Staplerunfall

Zwei Unfälle mit Gabelstaplern - einer unter Alkoholeinwirkung und mit schweren Folgen und eine Amokfahrt, die allgemein bekannt geworden sind, waren auch Thema auf der letzten Betriebsversammlung.
Um es vorweg zu sagen: Wir Kommunisten sind ganz entschieden gegen Alkoholkonsum am Arbeitsplatz. Gleichzeitig sind wir aber auch weit davon entfernt, die Kollegen, die Probleme mit dem Alkohol haben, persönlich zu verurteilen.

Bezeichnend ist hierzu die Äußerung Solaks auf der Betriebsversammlung, daß der Betriebsrat in einem solchen Fall einer "Kündigung zustimmen" müsse.
Die härtesten arbeitsrechtlichen Maßnahmen die es gibt, mehr fällt Solak nicht ein. Womit er sich im übrigen als absoluter Lakei der Unternehmerseite mal wieder selbst entlarvt hat. Dabei sollten sich sowohl Vorgesetzte als auch die zuständigen Betriebsräte einmal ernsthaft fragen, ob nicht doch etwas versäumt worden ist. Wie kommt ein Kollege, der auf einem Stapler nichts zu suchen hat, an einen Schlüssel, um dann eine Amokfahrt zu unternehmen? Die Vorschriften der Berufsgenossenschaft sagen ganz klar, daß Stapler gegen Mißbrauch wirksam zu sichern sind.
Warum setzt man einen Kollegen, der Probleme mit dem Alkohol und bereits seinen Führerschein verloren hat, immer noch als Staplerfahrer ein? Gerade Betriebsräte sollten wissen: Mit immer nur Hand darüber halten ist es nicht getan. Alkoholismus ist eine Krankheit.

Dazu schrieb K. H. Janzen vom Vorstand der IGM in der "Metall" (Ausgabe 4/1979):
"Der zivilisatorische Fortschritt von heute bring Streß und Anonymität. Die Leistungsgesellschaft stellt an den einzelnen immer höhere Forderungen in der Arbeitswelt... Das Zusammenleben wird komplizierter. Der einzelne blickt nicht mehr durch. Und das ist der Nährboden für die sich immer stärker ausbreitende Volksseuche 'Alkoholismus'!"
Und weiter fordert Janzen zur Vorbeugung: "soziale Bedingungen zu schaffen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft, die den menschlichen Bedürfnissen entsprechen. Die Realität muß so sein, daß sich der Mensch in ihr wohl fühlt und nicht mit der Flasche die Flucht antritt."

Die Äußerungen Stenders in diesem Zusammenhang, daß die Kollegen wohl nicht ihr Gehirn einschalten könnten, war nicht nur eine pauschale Diffamierung aller Kollegen, sondern gleichzeitig Hinweis darauf, daß man bei Thyssen von dieser Problematik nichts wissen will. So werden diese Vorfälle nur zum Anlaß genommen, nicht nur die betroffenen, sondern alle Kollegen verstärkt unter Druck zu setzen.
Kollegiale und solidarische Hilfestellung für die gefährdeten Kollegen wäre das einzig sinnvolle, was Betriebsräte und Vertrauensleute hier tun können.

Gizli bir eylem sonucunda

Türkiyeli işçi dernekleri kapatıldı!

Kapatma kararı derhal geri alınmalıdır!

Geçen hafta çarşamba günü Federal İçişleri Bakanlığı'nın emriyle "Dev Sol" ve onunla basit bir şekilde bağı kurulan "Halk Der" işçi dernekleri yasaklandı. Sabahın erken saatlerinde çeşitli eyaletlerdeki dernek lokallerini ve üyelerin evlerini basan polis derneğin mal varlığına, çeşitli belgelere el koydu. Bu yasaklama üzerine aşağıda partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD Sekreteryası'nın açıklamasını aynen yayınlıyoruz. Yasaklama olayı üzerine diğer bir yazı ise sayfa 3'te yer alıyor.

9 Şubat'ta Federal İçişleri Bakanı Zimmermann, tüm Federal Almanya'da Türkiyeli örgüt "Devrimci Sol"u ve bir çok Türkiyeli işçi derneklerini yasakladı. Polis sabah saat beş ile altı arasında Baden-Württemberg'te, Bayvera'da, Hamburg'ta, Aşağı Saksonya ve Kuzey Ren Westfalye'de dernek lokallerini ve dernek üyelerinin evlerini geçici olarak işgal etti. Dernek servetine, çeşitli belgelere, kitaplara vs. el konuldu. Bu yasakla yalnızca bir Türkiyeli sol örgüt gizlice bir eylemle dıştalanmadı. Zimmermann bu yasakla aynı zamanda işçi derneklerinden birine üye olan — ya da üyesi olarak görülen — herkesin hiç bir mahkeme duruşması yapılmadan Federal Almanya'dan sınır dışı edilebilmesi, Türkiye'ye gönderilebilmesi için de gerekeni yaptı.

Şüphesiz ki, bu yasak kararının Türk Dışişleri Bakanı İlter Türkmen'in Bonn'a yaptığı ziyaretten bir kaç gün sonra alınması tesedüfi bir şey değildir. Nitekim bu ziyarette Türk faşistleri ile İçişleri Bakanı Zimmermann arasında baş başa bir görüşme de yapıldı!



CDU/CSU 1977 yılında da Alman Komünist örgütlerinin yasaklanmasını talep etmişti. Bugün ise bu yönde bir başlangıç yaptı.

Sağ gözü kör!

Yasak kararında diğer şeylerin yanı sıra, örgütün siyasi faaliyeti ile Federal Almanya'nın İç güvenliğini ve kamu düzenini bozduğu belirtiliyor. Bununla kastedilen öncelikle işçi dernekleri üyelerinin geçen yıl katıldıkları ilgi çekici şu iki eylemdir: Türkiye'deki işkenceci rejimi protesto etmek için onlar nisan ayında Bonn'daki Türk Büyükelçiliği'nin önünde kendilerini zincirlediler. Kasım ayında ise Köln'deki Türk Başkonsolosluğu'nu işgal ettiler. Ayrıca her iki eylemde de hiç bir kimse zarar görmedi. Demek ki, Federal İçişleri Bakanlığı için bu tür iki eylem bir küçük sol örgütü "İç güvenliği ve kamu düzenini bozduğu" gerekçesi ile yasaklamak için yetiyor. Buna karşılık faşist örgütler, örneğin Türkiyeli demokratlara, sendikacılara vs. karşı girişilen bir çok siyasi katliamın, sayısızca saldırıların sorumlusu olduğu ispatlanan Türk "Bozkurtları" hakkında bir tek önlem dahi alınmamamaktadır. Eh, Zimmermann'ı Türkiyeli demokratların Federal Almanya'da can güvenliğinin olup olmadığı ne ilgilendirir ki?

Yasaklama gerekçesi: "Alman politikası"na karşı muhalefet

Türkiyeli işçi derneklerinin yasaklanması ile ilintili olarak Federal İçişleri Bakanlığı basına şu açıklamada bulundu: "Güvenliği tehlikeye düşüren faaliyetler başlıca aşırı örgütler tarafından sürdürüldü ki, bunların ajitasyonları giderek Alman politikasının şu bölümlerini hedefliyor; Türkiye'nin NATO müttefiki olan Federal Almanya'ya karşı, Almanya'nın Ankara'ya yaptığı askeri ve ekonomik yardıma ve yabancılar politikasına karşı." (10. 2.1983 tarihli Süddetsche Zeitung)

Bunlar açık olan sözlerdir. Böylece Türk faşist cuntasının Federal Hükümet tarafından desteklenmesini savunanların, Federal Hükümet'in "Yabancılar dışarı!" politikasından yana olanların Zimmermann'dan ve onun İçişleri Bakanlığı'ndan korkması için hiç bir neden yoktur. Ya peki bunlara karşı olan? O, "Alman politikasının bölümlerini" tehlikeye düşürüyor. O, tehlikeye düşmekle karşı karşıya ve aynı şekilde Zimmermann'ın İçişleri Bakanlığı'nın saldırı alanına giriyor.

Bu yasak tüm solcuları ilgilendirir!

"Devrimci Sol"un ve onun işçi derneklerinin yasaklanmasının yalnızca kendi taraftarlarını ilgilendirdiğini düşünmek tehlikeli bir yanılgı olur. Bu yasakla Zimmermann soruna giriş yaptı. Federal İçişleri Bakanlığı tarafından üzerine basıla basıla yasakla, Federal Hükümet'in "siyasi aşırıcılığa" karşı durmak istediğine bir sinyal vermenin amaçlandığı vurgulandı. Zimmermann'ın ve partisinin aşırı sağ örgütlerle olan olumlu ilişkisini bilen herkes, bu açıklamanın tam Almancayla, yasağın izole edilmiş bir eylem olmadığını anlar. Bu tüm — yabancı ve Alman — sol örgütlerinin takip edilmesini yoğunlaştırmanın bir başlangıcıdır. Bunun için bu yasağa — "Devrimci Sol"un politikasını nasıl görüp görmediklerinden tamamen bağımsız olarak — Federal Almanya'daki tüm sol güçler karşı durmalıdırlar. Çünku direnmekte geçikilmemelidir.

KPD Sekreteryası